

extreme Partei. Ein Journalist fragte mich kürzlich, ob es der SVP nicht schade, wenn ihr Nationalrat Oskar Freysinger den «Rechtsextremen» Gerd Wilders als Referenten in die Schweiz hole. Ich sagte ihm, die Frage sei müsig, denn dieser «rechtsextreme» Wilders vertrete genau dieselben Ansichten wie die SVP.

Es gibt Stimmen, die sagen, politische Polarisierung sei gar nicht so schlecht.

Kriesi: Ist sie auch nicht. Polarisierung fördert das Interesse an der Politik. Seitdem die SVP polarisiert, steigt in der Schweiz die Stimmbeteiligung – auf tiefem Niveau, aber immerhin. Die Mitteparteien haben die Tendenz, reale Konflikte wie den EU-Beitritt, also den klaren Entscheid für drinnen oder draussen, unter den Teppich zu wischen. Diesen Entscheid werden wir aber früher oder später fällen müssen, denn die Strategie der Bilateralen Verträge läuft sich tot. Schlecht ist aber, wenn Polarisierung und Konkordanz nebeneinander existieren. Das geht nicht zusammen.

Und um nochmals auf Ihre These zurückzukommen: Warum wird gerade in der Schweiz politisch polarisiert wie nirgendwo sonst?

Kriesi: Peter Bichsel hat einmal gesagt: Wir leben in der Legende, die man um uns gemacht hat. Wir Schweizer wännen uns in der besten aller Welten. Es geht uns ja auch sehr gut. Aber wir haben eine Leiche im Keller: unser Verhältnis zum internationalen Umfeld. Dabei sind wir ja durchaus weltoffen, so liegt zum Beispiel der Anteil binationaler Ehen hierzulande bei 50 Prozent. Wir sind bestens mit der Welt vernetzt, tun aber so, als wären wir es nicht. Und wir haben in der Vergangenheit Mythen kreiert, die uns in dieser Geisteshaltung bestärken, den Tell-Mythos, den Morgarten-Mythos, den Réduit-Mythos. Die Konkordanz ist auch ein solcher Mythos. Dabei ziehen wir Schweizer doch längst nicht mehr am selben Strick. Dennoch verteidigen wir den Konkordanz-Mythos mit Mitteln, die der realen Entwicklung zuwiderlaufen. Wäre die Schweiz, so schrieb Adolf Muschg schon 1979, ein Individuum, müsste man von neurotischem Verhalten und Realitätsverleugnung reden. Dieser Zustand sei gemeingefährlich.



These 4 – Francis Cheneval:

Die Neutralität ist eine Maske

Die Schweiz sollte mit der EU Beitrittsverhandlungen aufnehmen, sagt Philosophieprofessor Francis Cheneval. Den Bilateralismus werde die EU auf Dauer nicht akzeptieren können. Interview Thomas Gull

Francis Cheneval, sind Sie Patriot?

Francis Cheneval: Ja, sicher.

Was zeichnet einen Patriot aus?

Cheneval: Ein Patriot ist jemand, der gut verwurzelt ist in einem politischen Gemeinwesen. Ich bekam als Sohn eines schweizerischen Berufsoffiziers den Patriotismus gewissermassen als Bluttransfusion verabreicht.

Sie sind der Ansicht, die Schweiz müsste jetzt Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen. Weshalb gerade jetzt?

Cheneval: Die Idee dahinter ist, dass die Schweiz, der es gut geht, in einer starken Verhandlungsposition wäre, während die EU in der Krise steckt. Deshalb wäre der Moment gut, um mit der EU ein vorteilhaftes Arrangement auszuhandeln.

Wie würde aus Ihrer Sicht ein vorteilhaftes Arrangement aussehen?

Cheneval: Ein vorteilhaftes Arrangement wäre zum Beispiel das Privileg der frühen Mitgliedschaft wie es Grossbritannien und Schweden ausnutzten, um dem Euro nicht beitreten zu müssen. Länder, die später dazu kamen, hatten diese Optionen nicht mehr.

Würde das bedeuten, dass die Schweiz beispielsweise bei der Rettung Griechenlands und des Euros nicht mithelfen müsste?

Cheneval: Nicht unbedingt, die Schweiz hilft ja über den IWF mit. Die Vorteile wären eine eigene

Währung und eine eigenständige Zinspolitik. Trotzdem wäre die Schweiz in allen relevanten Institutionen der EU vertreten.

Im Moment steckt die EU in der Krise, während es der Schweiz vergleichsweise gut geht. Weshalb sollten wir etwas ändern?

Cheneval: Das Problem ist, dass die Bilateralen Verträge keine nachhaltige staatspolitische Option sind. Sie sind eine Bastelei auf hohem Niveau. Ich vergleiche das mit dem Mani-Matter-Lied «I ha en Uhr erfunde, wo geng nach zwone Schtunde bliibt stah»: Die Bilateralen Verträge sind zwei Stunden, nachdem sie unterzeichnet werden, bereits überholt.

Die EU-Diskussion ist ein Tabu. Wie erklären Sie sich, dass die politische Elite in diesem Land sich nicht getraut, das Verhältnis zur EU zu thematisieren?

Cheneval: Der Rückhalt in der Schweizer Bevölkerung für einen EU-Beitritt ist im Moment sehr gering, das wissen die Politiker. Damit ist keine Wahl zu gewinnen. Doch es gibt eine Begründung, die etwas tiefer geht: Die «grosse Erzählung» der Schweiz definierte Europa immer wieder als das signifikante Andere: gegen das Römische Reich Deutscher Nation haben wir die Eidgenossenschaft gegründet, gegen autoritäre oder halbdemokratische Staaten bildeten wir die direkt-demokratische Republik, gegen die sozialistische Misswirtschaft europäischer Länder konstituierten wir die Schweiz als liberalen Staat mit bürger-

lichen Prinzipien. Nach dem Fall der Berliner Mauer und einer weitergehenden europäischen Integration hat sich zwar eine völlig neue Lage ergeben. Doch die staatstragende Erzählung kann man nicht von einem Tag auf den anderen ändern.

Vor zehn Jahren war der EU-Beitritt noch ein Thema, über das man sprechen konnte im Sinne einer längerfristigen politischen Perspektive. Das ist heute nicht mehr so, der «EU-Moloch» hat frühere Feindbilder ersetzt. Weshalb hat die von Ihnen diagnostizierte traditionelle Erzählung der Abgrenzung wieder so stark an Gewicht gewonnen?

Cheneval: Da spielen die Bilateralen Verträge eine wichtige Rolle: Wir können das alte Feindbild pflegen, ohne zugeben zu müssen, dass wir eigentlich teilweise selbst dazu gehören. Mit den Bilateralen Verträgen haben wir die Nachteile, die ein Alleingang hätte, für den Moment ausgebremst.

Das heisst: Aus der Sicht der Befürworter eines EU-Beitritts war es ein Fehler, die Bilateralen Verträge zu unterstützen?

Cheneval: Nein. Auf beiden Seiten, der Schweiz wie der EU, ist ein gewisser Pragmatismus am Werk. Statt sich in eine ideologische Konfrontation zu begeben, hat man sich auf dem pragmati-

Das machen wir heute ja weit gehend. Ist das nicht eine beneidenswerte Position?

Cheneval: Ich glaube nicht, dass die EU dies auf lange Sicht akzeptieren wird. Es ist auch nicht nur eine gute Position für uns, da sie mit Unübersichtlichkeit und Rechtsunsicherheit verbunden ist.

Sie sagten, es muss irgendein institutionelles Arrangement geben. Wie könnte dieses aussehen?

Cheneval: Es könnte sein, dass die EU einen EWR light akzeptiert, was bedeuten würde, dass die Schweiz den grössten Teil des Regelwerks des Binnenmarkts dynamisch übernimmt und einige wenige Dinge ausspart. Das ist aber optimistisch.

Sie haben die nationale Erzählung angesprochen, die die Schweiz vor allem über Abgrenzungen definiert. Die Schweiz bezeichnet sich gern als Sonderfall. Ist sie das tatsächlich oder handelt es sich um eine Fiktion mit grosser politischer Wirkung?

Cheneval: In einer grossen Erzählung kann es einzelne Elemente haben, die zutreffen. Faktisch ist es nicht falsch, wenn man auf bestimmte Vorteile der direkten Demokratie der Schweiz verweist oder andere Elemente. Falsch ist jedoch der absolute Anspruch auf Einzigartigkeit. Da ist der Sonderfall Schweiz eine theoretische Fiktion. So

wir klug in die europäischen und internationalen Regelwerke eingebunden sind. Wenn man den Alleingang konsequent zu praktizieren beginnt, hätte das sehr schnell gravierende Nachteile.

Die europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte, die Europa Frieden und Prosperität beschert hat. Weshalb kann sich die Schweiz überhaupt nicht mit dieser Erfolgsgeschichte identifizieren?

Cheneval: In der europäischen Integration wurde es verpasst, die Bürgerinnen und Bürger direkter auf EU-Ebene zu beteiligen. Die EU ist auf Leistung orientiert: Sie kriert Frieden, Sicherheit, Wohlstand. Das ist Output-Legitimität. Das Problem ist nur, kein politisches Gemeinwesen kann auf Dauer nur Erfolge produzieren. Die Frage ist: Was geschieht, wenn diese Erfolge ausbleiben, wie im Moment in der ökonomischen Krise. Dann ist ein Gemeinwesen auf die Loyalität der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die EU konnte auf viel Wohlwollen ihrer Bürgerinnen und Bürger zählen und hätte ihre Fortschritte viel stärker direkt-demokratisch legitimieren können. Das hätte etwas länger gedauert, aber die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am EU-Projekt wäre stärker ausgeprägt. Die EU in ihrer heutigen Form mag in die Krise kommen. Aber der Sinn der europäischen Integration wird weiter bestehen. Doch das zu sehen wäre einfacher, wenn man die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligt hätte.

Müsste die Schweiz bei einem EU-Beitritt die direkte Demokratie aufgeben?

Cheneval: Die direkte Demokratie ist in den meisten Fällen nicht tangiert, wie eine Studie von Thomas Cottier zeigt. Wir wissen gar nicht, was alles möglich wäre, wenn die Schweiz als direkt-demokratisches, aufmüpfiges EU-Mitglied auf-

«Die Bilateralen Verträge sind wie Mani Matters Uhr, die nach zwei Stunden stehen bleibt.»

schen Terrain der Bilateralen Verträge getroffen. Das ist für den Moment keine schlechte Lösung. Allerdings bin ich nicht sicher, dass sie tragfähig ist. Als nächsten Schritt sehe ich eine Form der institutionellen Einbindung. Die Konfrontation mit der EU wird sich sonst wieder zuspitzen.

Weshalb denn?

Cheneval: Weil der Binnenmarkt nach den Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung strukturiert ist. Marktzugang ohne Übernahme dieser Prinzipien ist ein Privileg, das auch unsere eigene Vorstellung des fairen Wettbewerbs verletzt. Ausserdem erbringen die Mitgliedstaaten der EU eine sehr aufwändige Koordinationsleistung, an die die Schweiz nicht einfach andocken kann, ohne diese Leistung mitzutragen.

findet man in der EU neutrale, liberale Kleinststaaten mit direkter Demokratie. Es gibt EU-Mitgliedstaaten, die haben weniger Schulden und tiefere Steuern als die Schweiz, sie haben ein grösseres Wirtschaftswachstum und ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die EU selbst steht im Vergleich zu den nationalen Protektionismen für die liberalen Kriterien des freien Wettbewerbs und der Grundrechte.

Das Argument des Sonderfalls ist der grosse Zweihänder, mit der vor allem von rechts versucht wird, die Integration der Schweiz in Europa zu kappen. Was hätte das für Folgen?

Cheneval: Faktisch praktiziert die Schweiz den Alleingang gar nicht. Im Moment haben wir die Illusion des Alleingangs. Wir stehen gut da, weil

Zur Person

Francis Cheneval (49) studierte an den Universitäten Fribourg und Georgetown Philosophie und Politikwissenschaft. Er lehrte an mehreren europäischen und amerikanischen Hochschulen und ist seit Februar 2011 Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich.
Kontakt: francis.cheneval@philos.uzh.ch



13 ÜBERLINGEN

1 Gruss aus Schwamendingen

16

tritt. Es könnte sich ansteckend auswirken. Generell ist im Zuge der europäischen Integration die direktdemokratische Aktivität gestiegen. Es gibt mehr Abstimmungen in Mitgliedstaaten, seit es die europäische Integration gibt, weil viele Integrationsschritte direktdemokratisch legitimiert wurden. So ist der Verfassungsvertrag und Schwedens Beitritt zum Euro an direktdemokratischen Hürden gescheitert.

Worüber könnten wir in der Schweiz nicht mehr entscheiden, wenn wir in der EU wären?

Cheneval: Das kann man nicht genau sagen, weil das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen und die zukünftige Entwicklung der EU nicht bekannt sind. Aber man müsste akzeptieren, zukünftiges EU-Recht zu übernehmen. Das meiste EU-Recht muss jedoch ins nationale Recht umgearbeitet und durch nationales Recht ergänzt werden. Da gibt es Spielraum. Diese Übernahme praktizieren wir im Stillen schon in hohem Masse. Zusätzlich würden wir an demokratischer Mitbestimmung

müsste die Geschichte unseres Landes ehrlicher interpretieren als kluge Überlebensstrategie, die auch mit Halbwahrheiten verfolgt wurde. Als Sohn eines Schweizer Berufsoffiziers habe ich mitbekommen, wie mein Vater unter anderem als Militärattaché im Ostblock während des Kalten Krieges mit den Nato-Partnern zusammenarbeitete. Die immerwährende Neutralität war eine Maske, die man sich in bestimmten Situationen aufgesetzt hat. Doch faktisch waren wir viel mehr integriert in das Sicherheitsdispositiv der Nato als wir wahrhaben wollen. Man sollte das nicht als Lebenslüge betrachten, sondern als kluge Positionierung in komplexem Umfeld. Der Alleingang hat nie stattgefunden. Der konsequente Alleingang wäre der Untergang, früher wie heute.

Was wäre die Geschichte, die uns hilft, uns der EU anzunähern?

Cheneval: Eine positive Erzählung sehe ich eher in der Anknüpfung an unseren politischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Dieser strebte nach

«Man müsste die Geschichte unseres Landes als kluge Überlebensstrategie interpretieren, die auch mit Halbwahrheiten verfolgt wurde.»

hinzugewinnen, weil wir über die europäischen Verträge abstimmen könnten. Das bedeutet, wir hätten innerhalb der EU eine direktdemokratische Vetoposition. Auch wenn diese nicht 1:1 durchsetzbar ist, gewinnen wir in der Gestaltung der europäischen Grundarchitektur entschieden an Einfluss.

Diese grosse Erzählung, die Sie angesprochen haben, wird im Moment dominiert von der Rechten. Es gibt schon lange Versuche, die Geschichte neu zu erzählen, von linken Intellektuellen, diese verhalten aber ohne allzu grosse Resonanz. Weshalb ist es so schwierig, eine neue Erzählung zu entwickeln, die sich durchsetzt?

Cheneval: Weil man das nicht von einem Tag auf den anderen umcodieren kann. Und «La Suisse n'existe pas» und andere radikale Dekonstruktionen sind keine konstruktiven Narrationen, sondern eine Wegradierung dessen, was Identität konstituiert. Auf Amputation von Identität reagieren Menschen und Völker defensiv. Man

einer Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Freiheiten über bestehende politische Grenzen hinaus. Die Menschen waren sich bewusst, dass diese Liberalisierung eingebettet sein muss in übergeordnete Institutionen. Sie bekannten sich zum Bund und strebten nicht nur eine «negative» Integration zwischen den Kantonen an. Diese liberale und föderale Erzählung der modernen Schweiz lässt sich in Bezug auf Europa weiter erzählen. Daran sollten wir anknüpfen.

Was müsste passieren, damit in der Schweiz ein EU-Beitritt wieder zum Thema würde?

Cheneval: Entweder müsste es eine ökonomische Krise in der Schweiz geben, die wir uns nicht wünschen. Die zweite Möglichkeit ist, dass die Bilateralen I fallen. Grosse institutionelle Probleme mit der EU und markante wirtschaftliche Nachteile wären unmittelbar absehbar. Oder drittens: Wir sehen langsam ein, dass unsere liberale und föderale Erzählung in der europäischen Integration sinnvoll weiter erzählt werden kann.